

II-1173 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

14.3.1968

596/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. K r a n z l m a y r , Dipl.-Ing. Dr. Johann  
B a y e r , Robert G r a f und Genossen  
an den Bundeskanzler,  
betreffend verschiedene Behauptungen in der Debatte des Nationalrates am  
7. März 1968 bei der Behandlung der dringlichen Anfrage der Abg. Thalhammer  
und Genossen.

-.--.-.

In der Debatte über die dringliche Anfrage der Abgeordneten  
Thalhammer und Genossen am 7. März 1968 hat der Abgeordnete Dr. Broda im  
Zusammenhang mit der Verlesung eines Briefes eines Pressereferenten die  
Ansicht vertreten, es ginge hier "um die Grenzbezirke strafbaren Handelns,  
nämlich um die Frage, wie man sich abdecken kann gegen den allenfalls be-  
rechtigten Vorwurf des Mißbrauchs der Amtsgewalt durch Schädigung des  
Staates, durch Vorschubleistung für Parteipropaganda".

Die Mehrheit des Hohen Hauses ist der Auffassung, daß die Vorgänge  
um die erwähnte dringliche Anfrage zweifellos keinen Mißbrauch der Amts-  
gewalt oder ähnliches <sup>dar-</sup>stellen. Sie weist im Gegenteil eine solche Unter-  
stellung mit Entrüstung zurück.

Im Interesse einer restlosen Klärung des Sachverhaltes richten die  
gefertigten Abgeordneten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e n :

1) Sehen Sie, Herr Bundeskanzler, in dem vom Abgeordneten Dr. Broda  
auszugsweise verlesenen Brief eines Pressereferenten und in einer allfälligen  
Antwort darauf Anhaltspunkte für den vom Abgeordneten Dr. Broda Ihnen ge-  
machten Vorwurf "des Mißbrauchs der Amtsgewalt durch Schädigung des Staates  
durch Vorschubleistung für Parteipropaganda"?

2) Welche gesetzliche Bestimmungen finden auf die Tätigkeit von  
Pressereferenten der Bundesministerien, seien sie Beamte oder Vertrags-  
bedienstete des Bundes, Anwendung?

-.--.-.